

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: E. A. Mohr, Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Plant-Konten: Pulsnitzer Bank, Post- und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— Erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Größen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Untliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Restliche RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Erziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Werbungsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bietzig, Hosswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Fährsdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nächstenberg, Reinsittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Mohr's Erben (Inh. A. R. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 42

Sonntag, den 19. Februar 1927

79. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Amtlicher Teil.

Im „Pulsnitzer Tageblatt“ vom 12. 2. wie auch in anderen Zeitungen des Bezirkes
erschien eine Anzeige der Fach- und Fortbildungsschule zu Großröhrsdorf, die nicht ohne
Widerspruch bleiben kann.

Es entsprach bisher nicht den Geflogenheiten, daß eine Schule der anderen durch
marktfeinerische Reklame das Wasser abzugraben versucht. Es trägt eine derartig auf-
gemachte Empfehlung ganz gewiß auch nicht dazu bei, die nachbarlichen Beziehungen zweier
Schulbezirke zu pflegen und zu fördern. — Wenn wir für unsere Schulen auf derartige
Bekanntgaben verzichteten, so geschah es aus zwei Gründen, einmal, um die Grenzen und
Aufgaben der einzelnen Schulbezirke im Sinne vornehmer Lebensauffassung zu respektieren,
zum anderen, weil wir wissen, eine gute Sache empfiehlt sich von selbst. Daß die
Pulsnitzer Schulen durchaus mindestens auch das leisten, was die Großröhrsdorfer Schul-
leitung so ausführlich anpreist, bestätigen uns die oft ausgesprochenen Urteile maßgebender

Fachmänner, der Eltern, der Lehrer und der Schüler, die jemals mit unseren Schulen
Führung hatten.

In tatsächlicher Hinsicht wollen wir uns im Interesse von Großröhrsdorf zunächst
nicht auf Einzelstellungen einlassen.

Pulsnitz, am 17. Februar 1927.

Die Leitungen der Pulsnitzer Schulen:

Verbandsberufs- schule	Deffentl. Handelsschule (mit Volksschule) und	Landwirtschaftliche Schule
Techn. Diplom-Volkswirt Raber.	Fachschule für Textilindustrie Stud. Rat. Holke, Dir.	Dr. Mittag, Diplom Landwirtschaftslehrer.

Das Wichtigste

In Leipzig wurde ein Buchdruckereibesitzer unter dem Verdacht der Ver-
untreuungen verhaftet.
Ueber das Arbeitszeitgesetz finden entscheidende Beratungen der Re-
gierungsparteien statt.
Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde die Debatte über den
Reichswehretat fortgesetzt.
Der Rentnerbund fordert sofortige Aenderung der Rentnerversorgung.
In Köln-Nüßeln hat gestern morgen eine 42-jährige Ehefrau ihr
3-jähriges Schicksal beim Baden ertränkt. Die Wöbereim stellte
sich selbst der Polizei. Zerüttete Familienverhältnisse sollen die
Frau zu der unglücklichen Tat getrieben haben.
In einem Dorfe des Kreises Darlehen gerieten zwei Besitzersöhne in
Streit. Einer der Streitenden holte aus seiner Wohnung einen
Revolver und verletzte seinen Gegner durch einen Schuß schwer.
Darauf tötete er sich selbst durch einen Schuß in den Kopf.
Bei seinem Besuch in Polen hielt der polnische Staatspräsident eine
Rede, in der er auf die Unverletzbarkeit der jetzigen Ostgrenzen hinwies.
In Nordschweden wurde mehrere starke Erdstöße verspürt. In einigen
Ortschaften sind Häuser eingestürzt.
In Caen (Südfrankreich) wurden in der Nacht vom Donnerstag zum
Freitag mehrere Erdstöße verspürt. Die Bewegung dauerte etwa
4 Sekunden und war von unterirdischem Rollen begleitet.
In einem Vorort von Paris gab ein 17-jähriges Mädchen auf
ihren Vater mehrere Revolvergeschosse ab und verletzte ihn schwer.
Sie behauptete, von ihrem Vater, einem Händler, vernachlässigt
worden zu sein, so daß sie am Verhungern war.
Nach einer Morgenblättermelung aus Mailand wurde in der Nacht
vom Donnerstag zum Freitag der Postwagen des Turiner Schnell-
zuges auf der Strecke Turin-Mailand ausgeplündert. Von 53
Postfächern waren 30 halbleer oder fehlten völlig, während einige
Wertbriefe mit beträchtlichen Geldsummen von den Räubern nicht
beachtet worden waren. Der Schaden dürfte sich auf einige Mil-
lionen Lire belaufen.
Aus Moskau wird gemeldet, daß ein Teil der kürzlich verhafteten rus-
sischen Geistlichen nach Sibirien verschickt werden soll. Der geplante
Kirchentag sei auf das Ende 1927 verschoben worden.
Das amerikanische Frachtschiff „Elton“ ist im Stillen Ocean mit
36 Mann Besatzung gesunken.
Ein Tornado richtete in Louisiana, Georgia und Mississippi großen
Schaden an. 32 Personen wurden getötet, 300 verwundet; insbe-
sondere schwer heimgesucht wurde die Stadt Atlanta.
Der Schaden durch den Orkan in Kalifornien wird auf 20 Millionen
Dollar geschätzt.

Berliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Pestalozzi-Feier.) Der Eindruck, daß
sich zur Pestalozzi-Feier nur solche eingefunden hatten, denen
es ein richtiges Bedürfnis war, befriedigte Veranstanter und
Besucher sehr. Die Feier brachte in den einzelnen, von ent-
sprechenden Gaben der Kunst umrahmten Teilen „Eienhard
und Gertrud“, „Pestalozzi in Stans“, „Die Begründung
des neuen Volksschule“, ein anschauliches Bild von der Be-
deutung Pestalozzi's. Die Lehrerschaft, einige musizierende
Beren und die Kinder, darunter auch eine Einzeltänzerin,
boten an diesem Abend ihr Bestes. Die Kinder wurden
durch Ueberreichung einer kleinen Pestalozzi-Biographie erfreut.
Der 100. Todestag Pestalozzi's war, wenn wir an das gei-

Ungelöste soziale Fragen

Vor dem Fall Schanghai — Polnische Kriegsrüstungen im Korridor — Für fast 4 Milliarden RM. Auslandsanleihen
bis Ende 1926 aufgenommen

Die Frage der freiwilligen Mehrarbeit.

Meinungsverschiedenheit der Regierungs-
parteien bei Beratung des Arbeitszeit-
gesetzes.

Nachdem das Reichskabinett den Gesetzentwurf für das
Arbeitszeitgesetz fertiggestellt hatte, haben im Reichstag
Besprechungen der Fraktionen der Regierungsparteien und
eine Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regie-
rungsparteien über einige Meinungsverschiedenheiten zu
diesem Gesetz stattgefunden. Es handelt sich dabei um die
Bestimmung, die die freiwillige Mehrarbeit unter gewissen
Voraussetzungen, vor allem auf der Basis der Vereinbarung
zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zuläßt.

Das Kabinett hat mit geringer Mehrheit auf Veran-
lassung des Reichsarbeitsministers diese Bestimmung über
freiwillige Mehrarbeit gestrichen, so daß künftig nicht nur
freiwillige Mehrarbeit, auch wenn sie auf Grund der Ver-
einbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus-
geführt wurde, verboten, sondern sogar nach den Bestim-
mungen des Gesetzes strafbar sein würde.

Diese Bestimmung wird von der Deutschen Volkspartei
und einem erheblichen Teil der Deutschnationalen Volks-
partei bekämpft. Nachdem zwischen den Regierungsparteien
eine Einigung nicht erreicht werden konnte, soll eine Kom-
mission des Interfraktionellen Ausschusses eine Formulie-
rung suchen, die bei Berücksichtigung einer prozentualen
Staffelung für die Arbeitnehmerzahl mit Unterschieden Groß-
betrieb, Mittelbetrieb, Kleinbetrieb die Möglichkeit
einer freiwilligen Mehrarbeit in gewissem
Umfange gibt. Vor allem aber wird augenblicklich zwi-
schen den Fraktionen darüber gesprochen, wie die besonderen
Verhältnisse der Zeitungsverlage bei dieser
Regelung berücksichtigt werden können.

Ein Rotschrei der landwirtschaftlichen Arbeiter.

⚡ Berlin. Der Zentralverband der Land-
arbeiter hat unter Bezugnahme auf die programmatische
Erklärung der Reichsregierung, wonach sie bereit sei, die
Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensgrundlage der
Kleinbauern und Landarbeiter zu schaffen, ein Schreiben
an den Reichsernährungsminister gerichtet. In
dem Schreiben wird auf die große Notlage der landwirtschaft-
lichen Arbeiter aufmerksam gemacht.

Die Landarbeiter, so heißt es in dem Schreiben, seien
bei den gegenwärtigen niedrigen Löhnen nicht in der Lage,
den dringenden Bedarf zu decken. Diese Tatsache wirke
wirtschaftlich schädigend, weil dadurch eine zahlenmäßig starke

Gruppe als Verbraucher auf dem Innenmarkt fast vollstän-
dig ausscheide. Die vielen

Mängel des landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisses
seien jedoch der Lösung dieser Aufgabe hinderlich. Insbe-
sondere wirke das Hofgängersystem schädigend und demoralisierend.
Der verheiratete Landarbeiter werde ohne Rück-
sicht auf die Unterbringungsbedingungen gezwungen, nicht
nur die erwachsenen Kinder als Hofgänger zu stellen und in
die räumlich unzureichende Wohnung aufzu-
nehmen, sondern er müsse, wenn er nicht eigene Stellen könne,
familienfremde Hilfskräfte stellen und in die häusliche Ge-
meinschaft aufnehmen. Dadurch werde das Wohnungs-
elend verschärft, und außerdem schließe dieser Zwang
außergewöhnlich große sittliche und gesundheitliche
Gefahren in sich, weil in der Regel nur ein heiz-
barer Wohn- und Schlafraum vorhanden sei. Der

Zwang zur Hofgängerstellung
sei dermaßen stark, daß diejenigen Landarbeiterkinder, die
nicht im Betrieb arbeiten, der Aufenthalt in der elterlichen
Wohnung seitens des Arbeitgebers verboten werde. Diese
Bestimmung sei unbillig; denn es werde den Eltern das
natürliche Recht genommen, gefährdete Kinder zu schützen.
Auf das Familienleben zerstörend wirke auch der Zwang
zur regelmäßigen Lohnarbeit der verheirateten
Landarbeiterfrau.

Die Landarbeiterfrage wird als das drin-
gendste soziale Problem bezeichnet. Das deutsche
Volk könne weder wirtschaftlich noch sozial gesund sein,
wenn ein so starkes Glied wie die Landarbeiterschaft sozial,
kulturell und wirtschaftlich niedergehalten werde.

Für fast 4 Milliarden M Auslandsleihen bis Ende 1926 aufgenommen

Berlin, 18. Februar. Die „Wandhalle“ berichtet
Der neue Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat in seiner
großen Etatsrede die ernste Mahnung zur Sparsamkeit zum
Ausdruck gebracht. Er hat auch vor einer ausgedehnten
Anleihenwirtschaft gewarnt. Demgegenüber ist es wichtig,
festzustellen, daß bis zum Ende des vergangenen Jahres von
deutscher öffentlicher und privater Seite im Auslande An-
leihen im Betrage von 3872 Millionen Mark aufgenommen
worden sind. Den größten Bedarf zeigen die Industrie mit
1242 Millionen und das Reich, das 963 Millionen M
beanspruchte. Die Elektrizitätswerke nahmen Anleihen in
Höhe von 486 Millionen M auf. Es folgen die Gemein-
den, deren Anteil sich auf 463 Millionen bezieht, die
Länder, die 388 Millionen benötigten und schließlich andere
Institutionen, wie die Rentenbankkreditanstalt usw.

